

19.04.2013

Die Mitte **CDU**



**ANDREAS
MATTFELDT MdB**
VERDEN – OSTERHOLZ

BUNDESTAG AKTUELL

Liebe Freunde,

die erste Sitzungswoche nach der kurzen Osterpause liegt nun hinter uns. Jetzt blicken wir erst einmal auf das bevorstehende Wochenende und ich freue mich ganz besonders darauf, dass Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble zugesagt hat, am Montag Abend in den Landkreis Verden zu kommen und dort am

Montag, 22. April 2013

**um 18:15 Uhr
(Einlass 17:45 Uhr)**

**in Haag's Hotel
Niedersachsenhof,
Lindhooper Straße 97,
27283 Verden**



mit uns sprechen wird. Wer an diesem besonderen Abend dabei sein möchte, meldet sich bitte im Verdener Wahlkreisbüro per Email an andreas.mattfeldt@wk.bundestag.de oder per Fax an 04231/81 210 an.

Es wird sicherlich ein spannender Abend mit unserem Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble und ich fände klasse, wenn ich viele Interessierte bei dieser Veranstaltung treffen würde.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr/Euer

Lärmschutz entlang der Bahnstrecke Hannover-Bremen einen Schritt weiter

Es ist ein dickes Brett, das gebohrt werden muss, damit die Betroffenen in absehbarer Zeit Entlastung vom Lärm entlang der Bahnstrecke Hannover-Bremen erfahren.

Ich lasse aber nicht locker und habe mich kurz nach meiner Wahl 2009 mit Vertretern der Bahn getroffen, um für das Anliegen zu werben. Vor etwa einem halben Jahr habe ich mich, gemeinsam mit dem Landtagsabgeordneten Adrian Mohr, erneut mit dem für Niedersachsen und Bremen zuständigen Bahnbevollmächtigten Ulrich Bischooping getroffen. Bei diesem Gespräch habe ich das Thema erneut angesprochen und erfahren, dass die Bahn im nächsten Schritt Schallgutachten erstellen lassen wollte.



Das wird nun umgesetzt und es wurde von der Bahn ein Ingenieurbüro in Elze beauftragt, entsprechende schalltechnische Untersuchungen vor Ort durchzuführen. Dabei wird ermittelt, ob aktive (Lärmschutzwände) oder passive (Schallschutzfenster) Maßnahmen zum Tragen kommen.

Damit ist von der Bahn ein erster konkreter Schritt getan worden, um die Situation der Betroffenen subjektiv beurteilen zu können. So bekommt die Bahn einen Überblick, welche Maßnahmen nötig sind. Ich werde aber bei diesem Thema weiter am Ball bleiben.

Eurorettung Zypern, Irland und Portugal

Die Bundesregierung hat dem Deutschen Bundestag am Wochenende einen Beschlussantrag für das lang diskutierte und noch einmal nachverhandelte Hilfsprogramm für Zypern vorgelegt. Am Kreditvolumen von 10 Milliarden Euro sowie den zentralen Reformaufgaben hat sich nichts mehr geändert. Im Gegensatz zu den ursprünglichen Maßnahmen sollen nun jedoch Spareinlagen von bis zu 100.000 Euro von der Inanspruchnahme verschont bleiben. Umso umfangreicher werden größere Bankeinlagen sowie Bankanleihen an der Abwicklung bzw. Restrukturierung zyprischer Banken beteiligt. Der Staat Zypern hat erhebliche Sanierungsbeiträge beizusteuern, indem etwa Goldreserven verkauft und Staatsbesitz privatisiert werden soll. Das jetzige Verhandlungsergebnis bestärkt die europäischen Werte der Eigenverantwortung, Haftung und Rechtssicherheit. Es eröffnet Zypern neue Wachstums- und Arbeits-

platzperspektiven in Bereichen wie vor allem der Erdgasförderung, der öffentlichen Daseinsvorsorge und dem Tourismus.

Außerdem laufen die Hilfsprogramme für Irland und Portugal aus. Die europäischen Rettungsschirme haben Irland und Portugal den teilweisen Wiedereinstieg am Kapitalmarkt ermöglicht. Eine Gewährung von Laufzeitverlängerungen begünstigt die weitere Refinanzierung über den Markt, weil der jährliche Refinanzierungsbedarf deutlich gesenkt würde und Rückzahlungsspitzen besser aufgefangen werden können. Damit verbessern sich auch die Perspektiven, keine weiteren Hilfsprogramme für diese beiden Länder auflegen zu müssen. Sowohl Euro- als auch EU-Finanzminister schlagen daher eine Verlängerung der durchschnittlichen Kreditlaufzeit um sieben Jahre vor. Das ESM-Kreditvolumen und die Reformaufgaben bleiben völlig unverändert.

Gegen das Vergessen

Mit einem selbst gebauten Heißluftballon aus der DDR fliehen - diesen Traum hatten die Familien Strelzyk und Wetzell Ende der 70er Jahre. Und dieser Traum sollte Wirklichkeit werden. Die meisten kennen einen der spektakulärsten Fluchtversuche aus der DDR aus Funk und Fernsehen. Für viele, die sie live erleben durften, heißt es ab sofort: wir kennen diese einmalige Geschichte aus der persönlichen Erzählung der Familie Strelzyk. Vor zwei Jahren in Berlin kennengelernt, habe ich die Strelzyks in unseren schönen Heimatwahlkreis eingeladen, um von ihrer atemberaubenden Flucht 1979 zu berichten. Denn schon seit Jahren beobachte ich mit zunehmender Verärgerung, dass die Verklärung der DDR und des dort vorherrschenden Systems Überhand nimmt. Dabei, und



das hat auch Peter Strelzyk immer wieder betont, ist kaum einer "der besseren Magarine wegen" in den Westen gegangen. Vielmehr war es die alltägliche Unfreiheit, die so viele bewegt hat, ihr Glück im Westen zu versuchen - und nicht wenige sind bei ihren Fluchtversuchen verhaftet worden oder gar umgekommen. Kontrolle, Bevormundung, Bespitzelung - die Strelzyks haben eindrucksvoll geschildert, welche Geschehnisse das Fass zum Überlaufen brachten und wie sich die Planungen, einen Heißluftballon zur Flucht zu bauen, letztlich konkretisierten. Besonders für die junge Generation, die die Teilung Deutschlands nur aus den Geschichtsbüchern kennt, ist die Begegnung mit Zeitzeugen wichtig.

Erdgasförderung

In dieser Woche hatte ich den Vorstandsvorsitzenden von ExxonMobil, Dr. Gernot Kalkoffen, zum Gespräch in meinem Büro. Dr. Kalkoffen ist gleichzeitig Vorsitzender des Wirtschaftsverbands Erdöl- und Erdgasgewinnung.

Er hatte mich um einen Gesprächstermin gebeten, um mit mir über die Änderungswünsche der von mir angeführten Gruppe in der CDU/CSU-Fraktion zum Thema Erdgasförderung bzw. Fracking zu sprechen. Bei allen Änderungswünschen, die die ca. 80 Kolleginnen und Kollegen von mir gemeinsam mit mir als ihrem Sprecher formuliert haben, dürfen wir nicht vergessen, dass die Minister Rösler und Altmaier eine sehr gute Gesetzesinitiative vorgestellt haben, die bereits einige wichtige Punkte enthält und somit eine erhebliche Verbesserung der aktuellen Rechtslage bedeutet. Ich halte vor allem die Einführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung sowie das Verbot von Fracking in Wasserschutzgebieten genauso wie das Einvernehmen mit der zuständigen Wasserbehörde für dringend notwendig.

Ich halte den Gesetzentwurf an einigen Stellen für verbesserungsbedürftig, bin aber zuversichtlich, dass wir eine gute Regelung hinbekommen.



Büro Berlin:

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 - 22 77 13 22

E-Mail: andreas.mattfeldt@bundestag.de

Internet: www.andreas-mattfeldt.de

Redaktion: Tatjana Range